



Offener Brief an Arnold Vaatz

Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU)

Leipzig, den 17.02.2018

NoGroKo: Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD Disput zum Luftfrachtdrehkreuz Leipzig-Halle

Sehr geehrter Herr Vaatz,

sie haben sich auf den von unserer Bürgerinitiative öffentlich gemachten Teil des Koalitionsvertrages zum Thema Luftverkehr in den Medien geäußert. Zunächst danke, der Flughafen selbst und die Stadt Leipzig hüllen sich ja bis jetzt in Schweigen. Gleichwohl kann das von Ihnen gegenüber dem MDR Gesagte nicht unwidersprochen bleiben.

Vorweg, wir sprechen beim Flughafen Leipzig-Halle schon jetzt von der lautesten stadtnahen nächtlichen Lärmquelle Deutschlands. Diese soll nun nach dem Willen der GroKo zum zentralen Frachtflughafen für Deutschland ausgebaut werden. Statt den Bürgern also, wie in Wahlkämpfen auf kommunaler Ebene noch angekündigt bzw. versprochen, sich für die Umsetzung vereinbarter Regeln und Festlegungen zum Schutz vor Fluglärm einzusetzen, beschließen Bundes-CDU und Bundes-SPD auf Betreiben von sächsischen CDU-Abgeordneten, die es im Übrigen bisher nicht für nötig gehalten haben, sich mit den Betroffenen auf Augenhöhe auseinanderzusetzen, im Koalitionspapier nun einen massiven Ausbau des Flugbetriebes in Leipzig. Und im Background arbeiten sächsische Amtsstuben bereits an der extremen Erweiterung von Siedlungsbeschränkungsgebieten. So viel schon mal zu Ihrer Aussage, mit den Bürgern müsse natürlich gesprochen werden. Es ist das alte Lied eines Großteils der Politik-Eliten, deren Gangart Sie sich leider offensichtlich als ehemaliger Bürgerrechtler schnell zu eigen gemacht haben. Sie haben früher "Wendehälse" bekämpft, zu Recht. Und nun?

Ich darf zunächst an dieser Stelle mal aufführen, wie bisher das "Mitnehmen der Ängste und Sorgen der Bürger" bezüglich Flughafen Leipzig-Halle in der sächsischen Landesregierung aussah:

- Als seinerzeit Gerüchte über den Bau/Ausbau des Flughafens aufkamen, dementierte die sächsische Landesregierung dies. Der frühere Ministerpräsident Georg Milbradt gab nach Jahren offiziell zu, damals bewusst gelogen zu haben.
- Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens und im Planfeststellungsbeschluss 2004 zum Ausbau des Flughafens wurde nach außen hin festgelegt, „Die An- und Abflüge mit Luftfahrzeugen sind unter Berücksichtigung der Siedlungsstruktur, soweit flugsicherheitslich vertretbar, gleichmäßig auf beide Start- und Landebahnen zu verteilen“. Zeitgleich sicherte die Landesregierung intern in einer Patronatserklärung der DHL zu, dass diese "zu allen Zeiten mindestens (...) aller Bewegungen der für oder im Namen der DHL tätigen Luftfahrtunternehmen auf der südlichen Start- und Landebahn bis zu einer Maximalauslastung von 40 Flugbewegungen pro Stunde betrieben werden können."

Die Bürgerinitiativen „Gegen die neue Flugroute“ und „Gegen Flug- und Bodenlärm“ sind eingebunden im Netzwerk gegen Fluglärm. Wir engagieren uns für weniger Lärm, ungestörte Nachtruhe, saubere Luft, gesunde Lebensbedingungen für unsere Kinder.

Kontakt: Bürgerinitiative "Gegen die neue Flugroute", Postfach 26 01 10, 04139 Leipzig, Telefon 0341 4615440, Mail pressefluglaermleipzig@t-online.de, Web www.fluglaermleipzig.de

- Ebenfalls im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens wurde den Leipzigern von Politik und Flughafen zugesagt *"Leipzig wird umflogen"*. Kaum war der Bau vollendet, wurde die kurze Südkurve über Leipzig befliegen.
- Als nach 10 Jahren Kampf und Rechtsstreit der Bürgerinitiativen der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages einstimmig beschloss, den Petenten Recht zu geben, da ihr Anliegen rechtens, und der Bundestag ebenfalls einstimmig und fraktionsübergreifend hierzu einen Bundestagsbeschluss fasste, lehnt das Bundesverkehrsministerium die Umsetzung ab.
- Der Planfeststellungsbeschluss untersagt Triebwerksprobeläufe im Freien in der Nacht. Sie dürfen nur in der Triebwerksprobehalle durchgeführt werden. Ab 2011 wurde dieser Beschluss in Kenntnis der Verantwortlichen permanent hintergangen. Erst eine Anzeige der Bürger brachte dies zu stoppen. Jetzt ist man dabei, für DHL den Planfeststellungsbeschluss zu ändern. Triebwerksprobeläufe sollen in der Nacht möglich sein.

Dies alles geschah in Haupt-Regierungsverantwortung der CDU.

Ich stelle mir zudem die Frage, warum die Verhandlungsteilnehmer zur GroKo, zu denen Sie ja gehörten, wenn sie schon eine derartige präzise Zielstellung zum Flughafen eingebracht haben, nicht gleichzeitig mindestens ebenso präzise und verbindlich Fluglärmschutzmaßnahmen festgelegt haben? Warum wurden in den Koalitionsvertrag nicht gleichzeitig und in Abhängigkeit einer Entscheidung zu den Landeflugrechten Mediationsforen wie am Flughafen Frankfurt sowie Lärmpausen verbindlich festgelegt? Ist die Lebensqualität und Gesundheit der Bevölkerung nicht mindestens ebenso wichtig, wie angeblich ein Frachtflughafen direkt an Leipzig *"essentiell für Mitteleuropa"*? Wo es doch noch in Magdeburg, Erfurt, Dresden ebenfalls Flugplätze gibt, die auf Auslastung warten.

Mobilität geht mit Belastungen von Mensch und Umwelt, wie z. B. Verkehrslärm, einher. Auch und gerade beim Luftverkehr. Dieser muss, wie alle anderen Verkehrsträger auch, aber ebenfalls einen Beitrag zur Reduzierung der Lärm- und Schadstoffbelastung der Bevölkerung leisten. Nur so kann dauerhaft die Akzeptanz des Luftverkehrs in der Bevölkerung gesichert und ausgebaut werden. Verkehrswachstum braucht Akzeptanz der Menschen. Eine deutliche Reduzierung der Umweltauswirkungen trägt dazu bei, diese Akzeptanz zu erreichen.

Ich frage mich nun allerdings, haben Sie als ehemaliger Staatsminister für Umwelt und Landesentwicklung hinsichtlich des Flughafens Leipzig-Halle das ganze Fachwissen zum Thema vergessen oder auf Druck von Lobbyisten verdrängt?

Kennen Sie nicht

- das Gutachten von fdc Airport Consulting (Dieter Faulenbach da Costa), eines der renommiertesten Fachplaner im Bereich der Flughafenplanung in Deutschland und international, zum Flughafen Leipzig-Halle,
- die 2013 erarbeiteten Anforderungen an ein Luftverkehrskonzept für Deutschland,
- die NORA-Studie,
- die Entschließung des 115. Ärztetages zum Fluglärm,
- die Forderungen der Deutschen Herzzstiftung,
- den Fluglärmbericht 2017 des Umweltbundesamtes,
-?

Mir liegt es fern, alle Äußerungen ihres Parteikollegen und Landtagsabgeordneten Andreas Nowak gegenüber dem MDR zum Thema zu zerpfücken. Es würde den Umfang dieses Briefes sprengen. Wenn er aber, offensichtlich Ihnen sekundierend, aus voller Brust dem Zuhörer näherzubringen versucht, der Fluglärm am LEJ sei erträglich, schließlich habe er zu DDR-Zeiten auch in der Flugschneise gelebt und das wäre noch viel lauter gewesen, darf man doch von mehr als einem gewissem Realitätsverlust sprechen. Angeschickt sei noch, dass diese Flugzeuge, von denen er sprach, auch heute noch das Ohr der Anwohner "beglücken". Nur fliegen die russischen AN's heute nicht ab und zu mal am Tage nach Burgas oder Moskau, sondern viel öfter in die freie Welt und Nachts.

Am Politischen Ascherwittwoch beklagte Ihr Parteikollege und sächsische Innenminister Roland Wöllner, dass die CDU nur noch zweitstärkste Kraft in Sachsen ist. Er hatte auch sofort die Begründungen hierfür parat, *"Kontrollverlust nach dem Öffnen der Grenzen..., Sicherheit und Bildung."* Wenn das die ganze Begründung für den Absturz der CDU, und nicht nur dieser, ist, sage ich Ihnen, die großen Volksparteien haben noch immer nicht verstanden, obwohl sie es immer wieder gebetsmühlenartig wiederholen. Und ich wiederhole es an dieser Stelle nochmals gern, gerade Sie, sehr geehrter Herr Vaatz, als ehemaliger Bürgerrechtler (wenn auch jetzt ganz offensichtlich die Seiten gewechselt) sollten doch um die Zusammenhänge vom nicht erkennen/nicht wahrhaben wollen und gesellschaftlichen Umbrüchen kennen.

Ihre Parteikollegen in der CDU-Basis, wie z.B. Ortschaftsräte, Ortsvereine, neu gewählte Bundestagsabgeordnete wie Herr Lehmann u.v.a. setzen sich engagiert gegen die Fluglärm- und Schadstoffbelastungen ein und stehen damit im Widerspruch zur CDU-Spitze in Dresden. Die Koalitionäre legen statt dessen mit dem Papier ein Bekenntnis besonderer Art ab: Im Osten Deutschlands gelten andere Regeln. Da haben die Bürger keinen Einfluss auf den Flughafen, da hat man sich zu fügen – Gesundheit, Grundgesetz, Menschenrechte hin oder her. Die Verhandlungsführer beider Parteien sollten sich schämen, ob dieser Missachtung weiter Teile der Bevölkerung.

Und nun freue ich mich auf Ihre Einladung nach Dresden oder Berlin, zu einem ehrlichen Dialog mit Faktencheck statt Fake-News. Vielleicht laden Sie auch Leipziger Bundestagsabgeordnete anderer Fraktionen dazu ein, denn der Flughafen ist ja schließlich keine parteieigene Dependance, sondern über die Mitteldeutsche Flughafen AG im weitesten Sinne ein Landesunternehmen, für welches CDU und SPD lediglich auf Grund der derzeitigen politischen Zusammensetzung des Parlamentes die Verantwortung tragen. Ich jedenfalls gestatte mir zu dem Gespräch fachkompetente Mitstreiter mitzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Zimmermann

Pressesprecher

BI "Gegen die neue Flugroute" / BI "Gegen Flug- und Bodenlärm"

Bürgerinitiative "Gegen die neue Flugroute"

Postfach 26 01 10

04139 Leipzig

pressefluglaermleipzig@t-online.de

www.fluglaermleipzig.de

Tel.: 0341 4615440

Die Bürgerinitiativen „Gegen die neue Flugroute“ und „Gegen Flug- und Bodenlärm“ sind eingebunden im Netzwerk gegen Fluglärm. Wir engagieren uns für weniger Lärm, ungestörte Nachtruhe, saubere Luft, gesunde Lebensbedingungen für unsere Kinder.

Kontakt: Bürgerinitiative "Gegen die neue Flugroute", Postfach 26 01 10, 04139 Leipzig, Telefon 0341 4615440, Mail pressefluglaermleipzig@t-online.de, Web www.fluglaermleipzig.de